



Energiepolitik

Aiwanger: "Unsere Unternehmen brauchen einen günstigen Wirtschaftsstrompreis und sinkende Steuern. Doch der Bund lässt die Betriebe im Regen stehen"

14. September 2023

MÜNCHEN Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat seine Forderungen an den Bund erneuert, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die die negativen Auswirkungen der Energiewende für die Bayerische Wirtschaft abfedern. Nach einer Umfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) rechnet fast die Hälfte der Unternehmen im Freistaat (47 Prozent) mit negativen oder stark negativen Auswirkungen der Energiewende auf ihre Geschäfte. Nur noch 14 Prozent der Befragten erwarten positive Effekte.

Aiwanger: "Der Bund lässt unsere Wirtschaft im Regen stehen. Berlin tut nichts, um die Unternehmen in diesen schwierigen Zeiten mit hohen Energiekosten, daraus resultierenden Nachteilen im internationalen Wettbewerb und Produktionskürzungen zu unterstützen. Ich fordere seit langem einen günstigen Wirtschaftsstrompreis von 4 Cent netto pro Kilowattstunde, eine Senkung der Unternehmenssteuern auf maximal 25 Prozent sowie eine Beschleunigung des Aufbaus der Wasserstoffwirtschaft in ganz Deutschland. Der Bund muss jetzt endlich handeln, sonst fährt er die Wirtschaft gegen die Wand."

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 358/23